

ne in Vergleich mit „Jopit“ und „Stodischigen“! Das hat nie ein Sozialdemokrat zu sagen gewagt.

Und er begründet auch seinen Vorschlag mit einem Haufen unüberleglicher Gründe.

Erstens: Die Fahren sind veraltet: Sie stammen aus einer Zeit, die noch keine Feuerwagen kannte, in der es freigelegte war, die Soldaten in möglichst kompakten Haufen an den Feind zu führen, wo die Entscheidung der Schlacht wesentlich im Nahkampf lag.

Zweitens: Die Fahren kosten unendliche Opfer an Blut und Leben, mit dem sie verteidigt werden, ohne daß etwas gewonnen wäre: „Ist das leblose Stück Holzstamm all das warme, lebendige Blut wert, das darum geflossen?“

Drittens: Die Fahren verhindern die volle Ausnutzung der vorhandenen Kräfte in der Schlacht: Die Fahne ist häufig eine Verlegenheit, bisweilen ein Hindernis für die Kompanie, der sie zugeteilt war: man schreie sich, die Kompanie (also je eine von vier) ist zu verwenden, wie es durch die Wechsellage geboten war! ... Der heutige Zustand gestattet für den vierten Teil unserer Infanterie keine unangelegentlichste Verwendung.“

Dem allem ist inwieweit nichts weiter hinzuzufügen. Höchstens das Eine, oder immer wieder Schwärze: Was wir für Forderungen auch an unsere Heeresverwaltung stellen, sie alle sind berechtigt; sie alle werden auch, schrittweise oder gleichzeitig, durchgeführt werden; auch diese neue Veröffentlichung des Generals von Bülow wird dazu wieder ein Stück mitteilen. Das Ziel aber heißt: Die Demokratisierung der Armee! P. G.

## Politische Uebersicht.

### Aus dem Reichstage.

Berlin, 28. Januar. Der Reichstag fand in seiner heutigen Sitzung, wie zu erwarten war, wesentlich unter dem Zeichen sozialpolitischer Erörterungen, doch kam auch die Sozialpolitik nicht ganz zu kurz.

Erster Redner war heute der Reichstagspräsident, als getreuer Schildhüter eines sozialpolitisch durchaus unabhängigen Mandatsträgers, aber andererseits ein durchaus zweifelhafter Aushandler mit guten statistischen Kenntnissen. Er brachte den Ältesten Herrn v. Bismarck, der jüngst die agrarische Trennung gerührt, darauf zu Boden, daß man keine Mittel hat, dem „Sohn des Vaters“ hätte erwidern können. Die Junker landbesitzer in gewohnter Weise, ihr Wohlwollen und ihre Unruhe während der nunmehr folgenden Rede des Reichstagspräsidenten Steinhauser, der als nicht agrarischer Landbesitzer und — allerdings mehr mit gutem Willen, als Abhänger ausgedeuteter — Vertreter des kleinen Grundbesitzes den Bändlern besonders verhaftet ist.

Sodann nahm die Debatte wieder eine Wendung zur Sozialpolitik. Der Nationalliberal Hilke verteidigte mit ebenbürtiger Glüh und Geschick die Kohlenabgabe gegen die wuchtigen Angriffe, die namentlich Genosse Sachse gegen sie gerichtet.

Den Höhepunkt des heutigen Tages bildete die große und glänzende Rede Singers, der über die Herren Dertel und namentlich Stöcker ein Strafgericht stiftete, wies der Reichstag seinen erblichen Feind ab. Dem abgetheilten Vortrager wurde der Scheiterhaufenbrief derart unter die Nase gehalten, daß dem Präsidenten Hören und Sehen und namentlich auch die Lust zur Antwort verging. Der Reichstagspräsident v. Frege, der sich in gewöhnlicher Unbeholfenheit im Saal wiegte, suchte kämpfhaft nach der Gelegenheit zu einem Ordnungsruf; endlich fand er eine solche, als Singer sich am Schluss seiner Rede gegen die Freiheit in der Sozialpolitik wandte und dabei den preussischen Landtag treffend als die Karikatur einer Volksvertretung bezeichnete.

Der Rest der Sitzung bot wenig interessante Momente. Ueber Religion sprach der dazu besonders beruhmte Christ und Theologe Dr. Trendelenburg; daneben erging er sich über den Luder-Brief; sein anderes Stückenstück, die Silberwährung, litt er — vielleicht zum erstenmal in seinem parlamentarischen Leben — nicht. Graf Posadowski ließ sich über verschiedene sozialpolitische Materien aus; erklärte, Kollege

flug. Da sie nicht wußten, welcher Umstand diesen jähren Stimmungswandel veranlaßt hatte, konnten sie ihn auch nicht erklären.

In Fortmanns Rede war ein Wort des Geheimrats Schuld. Dieser hatte ihm erzählt, daß man ihm die bei der Einweisung der Bräute vorenthaltenen Ehrungen später unter der Hand habe zukommen lassen wollen. Aber er selbst habe dies durch sein Aufstreuen vereitelt.

Es war dem Ingenieur, als wenn ihn noch einmal ein eben solcher furchtbare Schlag traf. Aber das, was zum erstenmal Kaiser in ihm hervorgerufen hatte, verlegte ihn jetzt in einen Zustand vollständiger Verzweiflung. Aller Hoffnungen war brüderlich er vor sich hin. Dem Fragen der Ärzte gegenüber verhielt er sich wortlos und ablehnend. Er hatte sein Leben nicht viel von ihnen wissen wollen, seinen übrigen Ansprüchen entsprechend verzichtete er die Schulmedizin und wählte zur Naturheilkunde.

Nachdem er sich in Grafenberg sechs Wochen lang tadellos benommen, nicht die leiseste Spur von Verwirrtheit gezeigt, sondern im Gegenteil zugegeben hatte, daß er von der Verwirrtheit verschleudert seiner Neuerungen überzeugt sei, wurde er als geheilt entlassen. Seitdem lebte er in seinem Hause wie ein Mann, der mit dem Dasein abgeschlossen hat, dessen Willen erlösen ist. Einige Zeit nach seiner Rückkehr hatte er seine Tochter Lotte aus Gienach kommen lassen, aber als sie da war, kümmerte er sich um sie ebenso wenig wie um seine Frau. Aus der Anstalt hatte er sich auf den Rat der Ärzte einen Wärter mitgenommen, dem er wegen seines stillen, mütterlichen Wesens sein Vertrauen geschenkt hatte. Dieser hielt die beiden Räume, das Arbeitszimmer und nebenan das Schlafzimmer, in denen er hauste, in Ordnung und begleitete ihn meistens auf den Spaziergängen. Frau und Tochter sah er eigentlich nur bei den gemeinsamen Mahlzeiten, selten trübete er in mildem, schmerzhaftem Ton ein paar Worte an sie. Das Anna sah immer mehr an ihre Verwandten an. Sie sah außer Frau Döbber, die bei ihnen wohnte, jetzt auch Schwig und Frau Meiß den halben Tag im Hause waren und sich hier wie die Herren gebärdeten, schien ihn nicht zu kümmern. Wenn Anna Geld verlangte, holte er aus dem Geldschrank die Hundertmarktscheine, ohne nachzusehen, wieviel er ihr gab. So sehr war er eine Null in seinem eigenen Hause, daß selbst die Dienstmädchen ihn als einen Fremden ansahen und sich gewöhnt hatten, nur Frau Fortmanns Befehle auszuführen. (Fortsetzung folgt.)

Wiefeld werde sich bei Gelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die im letzten Buch-Briefe erzählten Thatsachen verantworten. Dann erklärte er wieder über Monarchismus: er scheint das Bedürfnis zu empfinden, durch sich ausdrücklich zur Ehre getragene „Königstreue“ seine wackende Stellung zu befestigen. Mit einer großen Portion des Abg. Gamp gegen die Redner der Linken schloß die heutige Debatte, die morgen fortgesetzt werden soll.

### Wie die Schwarzschmied Minister klein kriegen.

Zum letzten Buch-Briefe teilt der Hamb. Corr. aus unterrichteter Quelle folgendes mit:

Als es bekannt wurde, daß im preussischen Handelsministerium ein Handelskammerangelegenheiten ausgearbeitet werde, erbat sich Herr Buch bei dem Minister Herrmann von Berlepsch eine Unterredung, in der er ihn um Mitteilung des Entwurfs bat, zum Zwecke einer Erörterung in einer Ausschussung des Zentralverbandes, der sich schon früher mit dieser Frage befaßt hatte. Der Minister lehnte dieses Ansuchen ab, gab aber Herrn Buch Aufschluß über die gegenwärtige der Vorlage, die darauf ausging, im ganzen Staatsgebiete leistungsfähige Handelskammern mit hinreichend großen Bezirken obligatorisch einzurichten und eine Reihe unbedeutender Kammern, die nichts leisteten, einzeln zu lösen. Auf die Mitteilungen des Ministers erklärte Herr Buch, daß der Gesetzentwurf ganz den Anschauungen und Wünschen des Zentralverbandes entspräche. So der Generaldirektor des Verbandes deutscher Industrieller, Herr Buch. Als aber die Vorlage an den Bundtag kam, da war der Abg. Buch unter ihren Gegnern zu finden. Er ließ sich in die Kommission des Abgeordnetenhauses wählen, an welche der Entwurf verwiesen worden war, und bekämpfte ihn aufs lebhafteste. Als Illustration der Mittel, wie man endlich doch einen Minister klein bekommt, ist diese Erinnerung an das Schicksal des ganz vernünftigen Handelskammergesetzes, das Herr Buch als Generaldirektor einer Vereinigung von Großindustriellen mit Wärme lobte und als Abgeordneter dann hart verurteilte, immerhin von Bedeutung, und wir halten daher diese Erzählung des Buch-Briefes für angebracht, nachdem der Autor kein persönliches Verdienst in dieser Erzählung bescheiden unter den Scherz gestellt hat.

Herr Buch hat also dem Herrn v. Berlepsch eine regelrechte Falle gestellt, in die denn auch der Minister hineingefallen ist. Sicherlich hat aber Herr Buch das nicht aus eigene Faust gethan, sondern im Auftrag, unter der ausdrücklichen Billigung des Schwarzschmiederverbandes. Müht er sich doch seiner keinen Anteil in dem Vereine an Höflichkeit, einem der Wichtigen des Zentralverbandes. Sankere Politiker! Und diese Leute schämen sich aber von gemindert fühlender Entrüstung über die „unlautere Kammerweise der Sozialdemokratie“, wenn ein sozialdemokratisches Blatt Briefe von Gegnern veröffentlicht, die ihm ohne sein Zutun zugehen. Waschen benutzt, die ihm unangelegentlich zugerufen werden. Letztes Deutsche Tageszeitung, die über das Unmögliche des Preisabdrucks nicht genug setzen konnte, wie ruhig ist sie jetzt. Sie drückt die Enthüllung des Hamb. Corres. einfach ab und sagt sein Wort dazu. Ja, wie könnte sie auch! Die Justiz hat den Junkern ja stets als berechtigtes Mittel im politischen Kampf gegolten, und viel besser noch, als der Bildung der Großindustriellen sie im parlamentarischen Betriebe eingesetzt hat, verwenden und verhehlen sie sich auf das Fallengehen und Spiegelfechten am Hofe. Wie die Komarilla den König Friedrich Wilhelm IV. systematisch über die Verhältnisse im Lande getäuscht hat und mit allerlei revolutionären Popanzern ihrer Erfindung in ihrem Sinne hielt, ist ja bekannt. Und das will der Arbeiterschaft politische Moral predigen!

### Die Engländerreise des Kaisers.

Der Vorwärts bringt folgende kleine Induktion: Die Reise des Kaisers nach England ist, wie erklärlich, aus rein vermondlichhaftlichem Gefühl tiefer Teilnahme erfolgt, daß sich aber der Kaiser so plötzlich zur Abreise entschloß, daß in, wie man es berichtet, auf dem dringenden Wunsch des Prinzen von Wales, nunmehrigen König Edward VII., zurückzuführen. Der Prinz von Wales hatte nämlich den begrifflichen Wunsch, vor seiner Thronbesteigung eine private Angelegenheit mit seinem kaiserlichen Reiten in Ordnung zu bringen.

Als Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 starb, hinterließ er 56 Mill. M., die sich bis zum 15. Juni 1888, dem Tode des Friedrichs III. auf 32 Mill. vermindert hatten. Die 24 Mill. die fehlten, waren dem Prinzen von Wales, der sich damals in schwierigen finanziellen Verhältnissen befand, geliehen worden. Wie erzählt wird, protestierte zu jener Zeit der Minister des Königs, Herr v. Bismarck, gegen dieses Darlehen, und, da er damit keinen Erfolg hatte, nahm er seinen Abschied.

Es ist natürlich, daß der Prinz von Wales in dem Augenblicke, wo er zur Herrschaft gelangen sollte, das Bedürfnis fühlte, diese bisher unerledigte Angelegenheit zu ordnen, und deshalb hat er den deutschen Kaiser, zur persönlichen Regulierung so bald wie möglich nach England zu kommen.

### Deutsches Reich.

Berlin, 29. Januar. Der Abg. Zimwalle hat mit Unterstützung des Zentrums im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, den Kultusminister aufzufordern, Verträge zwischen Schulpolitikern und politischen Gemeinden wegen Übernahme der Volksschule seitens der Gemeinde nicht umzusetzen zu befehlen, weil sie eine Vereinerbarung wegen Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule enthalten. — Die Gemeinden sollen sich also für alle Ereignisse binden dürfen. Der Antrag dürfte die ganze Schulfrage aufrollen.

Der deutsche Gewerkschaftsverband petitioniert beim Reichstag gegen die Konfessionen in der Schenkungsgewerbe und gegen die Konfessionierung von Schenkungen in Warenhäusern. — Die Kleinen fürchten die Konkurrenz der Großen.

Dem Lokalrat, zufolge hat der Kaiser die Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten für die Zeit nach seiner Rückkehr zu einem Zwischenbesuch über die Versuche mit Schulpfortschritten an Straßendampfwagen gegen das Ueberfahren befohlen. — Vor kurzem wurde bekanntlich ein hoher Offizier von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.

Der Hungerzoll ist jetzt mit Bülow's Erklärung Regierungssache geworden. Die amtliche Berliner Korrespondenz tritt dem schäblichen Brauch entgegen, von „Brotnacher“ zu reden, und zeigt mit den bekannten agrarischen „Weisungen“, daß ein hoher Getreidezoll keineswegs eine Brotversteuerung bedingt! Bülow ist also durchaus nicht, wie einige vertrauensvolle Liberale und Nationalsozialisten annehmen, nur der W e j a n a e n e der Junker, sondern ihr ergebener, eifriger Kampfgeselle!

In einer großartigen Flottenparade hat sich Wilhelm II. entschlossen. Alle disponiblen deutschen Kriegsschiffe sollen zur Franzosen für die Königin Viktoria nach Spithead kommen. — Frankreich beugnet sich mit der Entsendung eines Schiffes!

Die Feldmarschallwürde Wilhelm II. Die wir eine Zusammenstellung der Kreuzüge entnehmen, ist der Kaiser nicht nur englischer, sondern auch österreichischer und preussischer Generalfeldmarschall. Die letztere Würde nahm er, nachdem ihm die österreichische verliehen worden war, auf Bitten des Prinzen Albert und des Generals v. Saldern. Uebrigens ist der englische König preussischer Feldmarschall.

Ein dramatischer Abgang. Die große Kohlenfirma Colner & Söhne in Landig auf 1. April ihre Verträge mit der preussischen Regierung unter Hinweis auf die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus, wobei der Minister Wiefeld die Beschaffung der feststehenden Kohlenproduktion zum Kohlenhandel als ein notwendiges Uebel bezeichnet habe. Stolz ist der Kohlen-Millionär! Aber wahrscheinlich ist der Stolz nur eine Fata Morgana. Bei den fortwährenden Angriffen der Junker auf das Kohlenmonopol der Firma hätte Wiefeld wohl schließlich nachgeben müssen. Die Firma mußte aus der Not eine Tugend machen. Wiefeld hat es mit dem Handel gründlich verdorben, wenn Wiefeld nicht für ihn ebenso hart vertritt, wie für Posadowski dem Schwarzschmiederverband, und die Brotnacher haben die Genehmigung, dem Kohlenmacher einen Hieb verleiht zu haben.

Im preussischen Abgeordnetenhaus war gestern der Tag der kleinen agrarischen Wünsche, nachdem ihnen am Sonntag die Erfüllung des großen Wunsches, der Forderung des Hungerzolls, zugelegt worden war. Noch eine ganze Anzahl von Wünschen haben die Unzufriedenen. Zunächst wurde ein Antrag Herold (Zentr.) gemäß die Regierung zum baldigen Beginn eines Orientierungsbereichs betreffend Einrichtung öffentlicher Schlachthöfe-Verkehrung in Verbindung mit Maßnahmen zur angemessenen Verwertung der verworfenen Teile des Schlachttieres, und zwar unter Beihilfe von staatlichen Mitteln, erfaßt. Des weiteren forderten die Agrarier u. a. Mittel zur Förderung der Viehzucht, ein Gesetz gegen die Verhütung der Linsengitter, ein strengeres Zeugengesetz u. s. w. In den Schluss der landwirtschaftlichen Winterarbeiten verlegte Abg. Heilig (Zentr.) auch die Religion allgemein aufgenommen zu wissen, damit die Landleute gegenüber der religiösen Agitation der Sozialdemokratie einen festen Halt gewinnen.

In den Debatten stellte der Landwirtschafter v. Wagnheim ganz gemächlich die unerhörte Forderung, der Getreidezoll müsse 8 Mark betragen. Er gestand selbst zu, allerdings nur indirekt, daß das eine jährliche Belastung von Kopf der Bevölkerung um 6 Mark heiße, wozu also eine fünfjährige Arbeitszeit jährlich 30 Mark an die Junker zu zahlen hätte. Aber die Junker des Herrn stimmen nicht. In Wirklichkeit beträgt die Mehrausgabe pro Kopf 16 Mark, pro Familie 80 Mark.

Riquel stellte ein Sacharingsel noch für die landliche Bevölkerung des Reichstages in Aussicht. Außerdem erörterte er zum Entzücken der Junker und des Zentrums darüber, daß die kleinen Landente zu viel Bildung möchten!

Polen und Zentrum. Die polnische Wochenzeitung „Głos“ fordert die Polen auf, bei den Wahlen mit dem Zentrum zu brechen, da sie bei harter Agitation aus eigener Kraft 25 von der jetzigen 13 Reichstagsmandate erlangen könnten, 10 in Pommern und 7 in Westpreußen und 8 in Ostpreußen.

Der Ständebund. Herr v. Bismarck wird demnächst die Regierungspräsident, aber nicht in Marienthal, welche Stelle laut Verfassung der Reich. Verfassung dem Kaiser vorbehalten bleibt, sondern anderswo.

Aus unserer wertvollsten Kolonie. Aus Tientsin ist die Nachricht hier eingetroffen, daß der Gouverneur des Provinzialgebietes, Joescht, an den Polizeierziehungen des Darminphus zu horten ist.

Der Inphus ist schon vielen Deutschen gefährlich geworden, die in ununterbrochener Leidenschaft leben mußten. Ein angenehmer Platz.

### Cesterreich-Ungarn.

Die Erklärung des deutschen Reichslägers im preussischen Abgeordnetenhaus findet heftigen Widerstand. Die Wiener Monarchie vom Sonnabend bezeichnen die Rede des deutschen Reichslägers als preussische Ministerpräsidenten als eine Kündigung der wirtschaftlichen Freundschaft und haben hervor, daß hinsichtlich der Auslieferung der Erneuerung der Handelsverträge sich wesentlich verhalten haben. Zu ungarischen Reichstags bezieht sich, wozu der Abg. Poloni unter solchen Umständen die Möglichkeit des Abschließens der Handelsverträge und erregte die Regierung, das Land aber eine Stellungnahme zu unterrichten.

### Serbien.

Die Stundstunde nahm einen Charakter betreffend die Reform des Richterstandes an, nach welchen die Richter unabhängig und unerschütterlich sein sollen. Sie werden von einem Kollegium, bestehend aus dem höchsten Richter des Landes, dem Justizminister und dem Leiter der juristischen Fakultät der Hochschule gewählt und dem König zur Ernennung vorgeschlagen. Dieser haben die Richter Serbiens sich nur allzuwillig zu zeigen polnische Rede machen lassen. Hoffentlich gibt ihnen die Unabhängigkeit Recht — allzu schnell wird das allerdings nicht sein!

Ein sonderbares Gerücht kommt aus Belgrad. Dort verläut, daß König Alexander dem Präsidenten der Slawophila nicht habe, er werde, falls ihm kein Ueberredung geboten wird, den Prinzen Michail von Montenegro zum Kronprinzen auszuwählen lassen. — Ist es 90 Alexander denn keine weitere Nachkommenchaft zu?

### Rumänien.

Ein Nachlass von den Bauerntrawollen. Das Schwanenwoll des Distrikts Buzen hat sämtliche bäuerlichen Häubelsbüttel der Provinz, gegen die neue Justizsteuer gerichteten Anträge von dem ihnen zur Last gelegten Betrübden des Auktions und der ökonomischen Gewaltthätigkeit freigesprochen.

### Frankreich.

Die Deputiertenkammer genehmigt gestern mit 125 gegen 41 Stimmen den Gesetzentwurf betr. die Bewilligung eines provisorischen Zwölffeld und nahm die Beratung des Gesetzes wieder auf. Der Abg. Gaurand bestricherte einen Gesetzentwurf, der die vollständige Bereinigung des Reichs betraf bei der Beendigung seines Gesetzentwurfes die Verhütung der Verwirrung und erwähnt in seiner Rede den Inhalt und die Intention. Der Gesetzentwurf Gaurand wurde mit 119 gegen 91 Stimmen verworfen. Gaurand legt eine Tagesordnung vor, welche die Frage Frankreichs um den großen Moskowiten Reich um Ausdruck bringt und besagt, daß Frankreich sich dem Schwere des italienischen Reich anschließen. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen und damit die Sitzung geschlossen.

Republikanischer Wobliken. Am Departement Niederelbe wurde der radikale Hubbard gegen den Nationalisten Iselene zum Deputierten gewählt.

Die Kirche macht mobil. Der Bischof von Nizza, Dr. Gaudet, lehnte das ihm von Bischof-Houssin verleihe Interdiktum der Provinz unter dem Hinweis auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse ab.

### Spanien.

Ein Attentat auf die Königin-Regentin soll hatgerunden haben. Ähnlich wird die Meldung häufig bemerkt. Soweit ist sicher, daß auf